

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Fragen zur Rentenpolitik. Vorneweg, ich bin kein ausgewiesener Rentenexperte, habe aber zu den genannten Punkten eine Meinung. In vielen stimmt diese mit meiner Partei überein, aber nicht in allen Punkten.

Nun zu Ihren Fragen, die **Antworten schreibe ich in roter Farbe:**

Frage 1:

Lebensstandard im Alter sichern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das gesetzliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Derzeit sehe ich das Thema Altersarmut in Teilen zwar als gegeben an, aber nicht als Massenphänomen, allerdings denke ich auch, dass das Problem in Zukunft größer werden wird und die Politik Antworten geben muss. Die Rentenversicherung, allerdings im Kombination mit privaten Modellen, muss den Lebensstandard sichern. Ich habe hier schon eine persönliche Entwicklung durchgemacht, war ich Ende der 80er Jahre durchaus der Ansicht, dass die rein kapitalgedeckte Rentenversicherung die Lösung wäre, so bin ich das heute nicht mehr. Die Deutsche Einheit wäre mit einem rein kapitalgedeckten System gewiss nicht finanzierbar gewesen oder hätte zusätzliche enorme Steuermilliarden gekostet. Dennoch denke ich, dass ein gewisser kapitalgedeckter Anteil am Gesamtsystem richtig ist, ob Riester allerdings die passende Antwort darauf ist, wage ich zu bezweifeln. Aber: In einer alternden Gesellschaft muss eine Balance zwischen Rentenzahlern und Rentenempfängern herrschen. Rentengeschenke von Union und SPD (Mütterrente und Absenkung des Renteneintrittsalters) sind hier nicht angebracht. Eine rein steuerfinanzierte Mütterrente wäre aber etwas anderes.

Frage 2:

Altersarmut verhindern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Ja, das ist ein wichtiges Ziel, auch von mir, der Weg dorthin und auch die Konsequenz deckt sich aber nicht in allen Punkten mit den von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen.

Mit folgenden Maßnahmen könnte Altersarmut effektiv bekämpft werden:

- Sozialversicherungspflicht für alle Beschäftigungsverhältnisse

Wenn das auf eine Abschaffung der 450,- EUR Jobs hinauslaufen soll, bin ich dagegen. Wir brauchen dieses flexible Instrument für den Arbeitsmarkt. Gerade für kleinere Jobs oder Dienstleistungen im Haushalt, auch für Studentenjobs ist das Instrument wichtig.

- Anhebung der Anwartschaften von niedrigen sozialversicherungspflichtigen Einkommen auf 75% des Durchschnittseinkommens (alte Rechtslage)

Das erscheint mir zu statisch.

- Einführung von Anwartschaften für Arbeitslosengeld-II-Empfänger von 75% des Durchschnittseinkommens (alte Rechtslage)

Siehe oben.

- Abschaffung der Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten vor dem 63. Lebensjahr

Meiner Ansicht nach brauchen wir beim Renteneintritt eine flexiblere Grenze, wer gesund ist und einen Bürojob macht, der kann vielleicht auch bis 68 oder 69 Jahre arbeiten, wer aber z.B. als Dachdecker oder als Maurer arbeitet muss vielleicht schon mit 60 Jahren in Rente gehen. Ich plädiere für ein System, welches zwischen den Berufen unterscheidet; immer unter der Voraussetzung, der Arbeitnehmer ist gesund und kann noch arbeiten. Aber klar ist auch, bei der gestiegenen Lebenserwartung muss auch die Lebensarbeitszeit insgesamt ansteigen. Das tut weh, ja, ist aber anders meiner Ansicht nach nicht finanzierbar.

- Zurücksetzen des Renteneintrittsalter von 67 auf 65 Jahre

Sehe ich nicht so, siehe oben.

Frage 3:

Erwerbstätigenversicherung: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

Ich verstehe das Anliegen und ja, es wirkt in Teilen problematisch, dennoch halte ich das Zusammenführen für schwer durchführbar, zumindest sind die Kollateralschäden einer solchen Maßnahme zu groß und würden das System durcheinander wirbeln. Über die Politikerversorgung lässt sich reden, zumindest für die neu hinzukommenden Politikergenerationen, was die Beamten anbelangt, so würde ich das System beibehalten. Aber es stellt sich natürlich die Frage, brauchen wir so viele Beamte, müssen z.B. Lehrer verbeamtet werden. Gerade bei den Lehrern geht es ja immer hin und her, grundsätzlich aber würde ich sagen, Lehrer müssen keine Beamten sein.

Frage 4:

Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken: Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzstärkung der gRV umgeleitet werden?

Die Umwandlung der gesetzlichen Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung, in die zukünftig auch Beamte, Selbständige und Politiker einzahlen. Das führt zu einer Verbreiterung der Beitragsbasis und damit auch Verminderung von Schwankungen.

Politiker kann ich mir vorstellen, die Beamten und Selbstständigen sollten in dieses System (siehe oben) nicht einzahlen müssen.

Versicherungsfremde Leistungen werden künftig nicht mehr aus den Beiträgen der Versicherten finanziert, sondern ausschließlich durch staatliche Mittel. Nach Berechnungen der gesetzlichen Rentenversicherung und von Otto Teufel wurden in letzten Jahren 12 bis 15 Milliarden € pro Jahr für allgemeine sozialpolitische Leistungen nicht kompensiert (seit 1957 kumuliert bereits über 700 Milliarden €). Dieser Betrag wird durch die sogenannte Mütterrente noch einmal deutlich höher ausfallen.

Da bin ich Ihrer Meinung, versicherungsfremde Leistungen sollten hier ausgenommen werden.

Die paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer erfolgt wieder uneingeschränkt. Zur Zeit zahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer jeweils 9,35% in die gRV. Die Arbeitnehmer (sollen) zusätzlich 4% in private Versicherungen einzahlen und haben damit eine Beitragslast von 13,35%. Bei gleicher Beitragsleistung würde jede Seite 11,35% einzahlen.

Ich würde es derzeit bei dem jetzigen System belassen, aber das muss man immer auf den Prüfstand stellen, wenn die Arbeitskräftenachfrage weiter steigt, könnte eine paritätische Finanzierung angezeigt sein, stellen Sie mir die Frage in einem Jahr bitte nochmal.

Die Umwandlung von staatlich geförderten Privatversicherungsverträgen (Riester/Rürup) in Anwartschaften bei der gRV. Die staatlichen Zulagen zur Riesterrente betragen in den letzten Jahren 3 Milliarden €. Würden, wie eigentlich geplant, alle Anspruchsberechtigten „riestern“, betrüge die Zulagensumme 9 bis 10 Milliarden €. Allein durch die drei letztgenannten Maßnahmen würde das Finanzvolumen der gesetzlichen Rentenversicherung um 60 bis 70 Milliarden € gesteigert werden. Das ist ein Volumen mit dem die von uns geforderten echten Reformen finanziert werden könnten.

Das kann ich nicht beurteilen und leider nicht nachrechnen, aber das ist natürlich mit den Rentenpolitikern zu diskutieren.

Frage 5:

Rentenpolitische Fehler korrigieren: Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz IV Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- mit West-Renten?

Schnellere Anpassung der Ost- an die Westrenten

Schwieriges Thema, hängt sicher auch mit der Wirtschaftskraft im Osten zusammen, aber nach 27 Jahren sollte langsam eine Anpassung erfolgen. Zumindest sollte ein Zielzeitraum genannt werden, vielleicht 2020, dann müsste die Anpassung erfolgt sein. Was die Jahreszahl anbelangt, so kann ich mich nicht festlegen, aber das Ziel sollte genannt und dann auch so durchgeführt werden.

Wiedereinführung der Berufsunfähigkeitsrenten

Grundsätzlich ja, dennoch würde ich mich hier erst festlegen wollen, wenn ich alle Auswirkungen dieser Maßnahme mit Rentenexperten besprochen habe.

Korrekturen der nachgelagerten Besteuerung z.B. durch höhere Rentenfreibeträge

Dazu kann ich nichts sagen.

Korrekturen bei den Beitragssätzen zur Kranken- und Pflegeversicherung (GMG – Doppelbeitragung; Pflegeversicherung; KK-Beiträge wie bei Altersteilzeit)

Dazu kann ich nichts sagen.

Korrekturen bei der Anrechnung der Witwen-/Witwerrenten

Dazu kann ich nichts sagen.

Erziehungszeiten für alle Jahrgänge auf 3 Jahre festsetzen

Ja, hier ist sicher eine Gerechtigkeitslücke, allerdings würde ich meine Stimme dafür unter einen Finanzierungsvorbehalt stellen wollen, das Anliegen teile ich aber.

Abschaffung der Zwangsverrentung für Hartz IV- Empfänger mit 63

Dazu kann ich nichts sagen.

Riester-Rente einstellen und erreichte Guthaben in Anwartschaften bei der gRV umwandeln

Eine Zwangsumwandlung halte ich verfassungsrechtlich nicht durchführbar und auch sonst nicht für richtig.

Abschlussbemerkung: Sicher werden Sie meine Antworten in vielen Punkten nicht restlos begeistern und sicher sind diese in Teilen auch nicht ganz klar und eindeutig in der Antwort, das liegt u.a. (siehe oben) daran, dass ich kein Rentenexperte bin. Natürlich hätte ich auf Standardantworten der Partei zur Beantwortung zurückgreifen können, aber ich halte es dennoch für sinnvoll, mir hier meine eigenen Gedanken zu machen oder die eigenen Gedanken zu Papier zu bringen. Sie wissen selber, dass Fraktionsdisziplin und gemeinsame Parteilinien in Teilen auch wieder zu anderen Ergebnissen führen können, ich bin aber Anhänger eines unabhängigen Abgeordneten, was aber nicht heißt, dass ich permanent gegen die Gesamtmeinung der Fraktion stimmen würde, aber es gibt natürlich Punkte, die mir so am Herzen liegen, dass ich zumindest in einigen wenigen Fragen nach meinem Gewissen entscheiden würde. Aber auch hier gilt: Wenn man kein Experte für einen Politikbereich ist, dann spielt natürlich die Haltung der Experten die die Gesamtmeinung der Fraktion eine entscheidende Rolle. Dies für den Fall, dass ich mich der Fraktionsmeinung sicher mal anschließe, auch wenn ich hier vielleicht zu anderen Schlüssen komme.

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Poznanski

FDP-Bundestagskandidat Waldshut/Breisgau-
Hochschwarzwald

www.daniel-poznanski.de

info@daniel-poznanski.de

[IMAGE]Herrn Daniel Poznanski

c/o Landesgeschäftsstelle

FDP Baden-Württemberg

Rosensteinstr. 22

70191 Stuttgart